



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETE  
KERSTIN CELINA  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie  
Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon (089) 41 26-23 59  
Telefax (089) 41 26-13 59  
kerstin.celina@gruene-fraktion-bayern.de  
www.kerstin-celina.de



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETE  
CLAUDIA KÖHLER  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Stv. Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und  
Finanzfragen

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon (089) 41 26-24 93  
Telefax (089) 41 26-14 94  
claudia.koehler@gruene-fraktion-bayern.de  
www.claudia-koehler-bayern.de

Bayerisches Staatsministerium für Familie,  
Arbeit und Soziales  
Frau Staatsministerin Carolina Trautner

Winzerer Str. 9  
80797 München

München, 4. August 2020

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Trautner,

Die wirtschaftlichen Parameter ändern sich in der Corona-Krise gerade für alle rasant, für den Freistaat ebenso wie für die Bezirke, Landkreise und Kommunen, die Unternehmen und Institutionen. Dementsprechend warnte der Landkreistagspräsident Christian Bernreiter Ende Mai in der konstituierenden Sitzung vor hohen Defiziten für die Bayerischen Landkreise und Kommunen. Im selben Atemzug benannte er entsprechende Kürzungsvorschläge, die allesamt auf das soziale Netz abzielen (z.B. hier: [https://www.t-online.de/region/id\\_87953666/corona-landkreise-stellen-sich-auf-schmale-kassen-ein.html](https://www.t-online.de/region/id_87953666/corona-landkreise-stellen-sich-auf-schmale-kassen-ein.html)). Die Vorschläge des Landkreistagspräsidenten an diesem Tag, in dieser Funktion, haben Gewicht, und deswegen befürchten wir GRÜNE einen Kahlschlag bei sozialen Leistungen im Zuge der Corona-Krise. Ein Beispiel: Bernreiter sagte, "Wir müssen Antworten darauf finden, was wirklich wichtig ist" und legte nach mit der Aufforderung zu überdenken, ob man den Standard, z.B. bei den Schulbegleitungen aufrechterhalten könne.

Doch was bitte zählt denn zu den Kernaufgaben einer Gesellschaft, wenn nicht Sozialleistungen, auf die viele Menschen angewiesen sind, insbesondere Kinder und Erwachsene mit Behinderung? Zu den sozialpolitischen Kernaufgaben zählt auch, die Voraussetzungen zu schaffen für lebenslange Teilhabe und damit eben schon bei (Klein)Kindern anzufangen. Reflexartige Sparmaßnahmen bei den Schwächsten unserer Gesellschaft sind symptomatisch, wenn die Zukunft unklar scheint. Und genau deswegen bitten wir Sie, sich als zuständige Sozialministerin öffentlich und nicht-öffentlich klar zu positionieren, was potenzielle Sparmaßnahmen bei Kindern mit Behinderungen angeht, insbesondere dann, wenn – wie z.B. bei den Schulbegleiter\*innen, die gleiche Arbeit auf weniger Menschen verteilt werden soll.

Für Vorschläge, integrativen Unterricht an Schulen generell mit mehr entsprechend ausgebildetem fest angestelltem Personal auf breitere Füße zu stellen als es bisher der Fall ist, sind wir aber natürlich offen.

In den letzten Wochen haben wir mit den verschiedensten Einrichtungsträgern gesprochen und ihre Erfahrungen, Ideen, aber auch Sorgen zu Corona gehört. Sie sind es, die vor Ort für Menschen mit Behinderung soziale Teilhabe ermöglichen. Ein Kernpunkt kristallisierte sich heraus: das Bedürfnis nach Planungssicherheit, für die Einrichtungen und die dort lebenden Menschen und deren Angehörige.

Die Planungssicherheit betrifft zwei Punkte:

- erstens geht es natürlich darum, neue Regelungen so zu bekommen, dass man ein paar Tage Zeit habe, sich darauf einzustellen (z.B. in Zusammenhang mit den Lockerungen bei den Besuchsregelungen am Muttertag), was zugegebenermaßen bei einer sich schnell verändernden Lage in einer nie zuvor dagewesenen Pandemiesituation nicht einfach ist.
- zweitens muss es eine finanzielle Planungssicherheit geben, damit Fachpersonal gehalten werden kann und die Betreuung für Kinder und Erwachsene mit Behinderung, in Schule, HPTs, Wohnen und Arbeit gewährleistet werden kann.

Ein Beispiel: es ist für Träger/ Arbeitgeber riskant, Kurzarbeit für das eigene soziale Unternehmen abzumelden, könnte doch schon im Herbst wieder Kurzarbeit nötig werden. Innerhalb weniger Monate kann Kurzarbeit aber nicht mehrmals beantragt werden, bzw. flexibel den sich schnell verändernden Voraussetzungen durch die Pandemie angepasst werden. Die bisherigen Regelungen bei der Kurzarbeit passen nicht zu dieser existenziellen Bedrohung unserer sozialpolitischen Institutionen durch Corona; so ist es z.B. nicht möglich, während der geltenden Kurzarbeit die Einstellung von Fachpersonal und Schulbegleiter\*innen zu unternehmen, obwohl absehbar ist, dass staatliche Vorgaben und neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zu einer weiteren Öffnung von Schulen und Einrichtungen in wenigen Wochen führen werden. Unter den derzeitigen Regelungen können Kinder mit Unterstützungsbedarf und deren Angehörige bei einem Wechsel ihrer Lebensumstände, z.B. neue Schule durch Umzug oder altersgemäße Veränderungen, keine Planungssicherheit bekommen. Deshalb bitten wir Sie, in den Rechtsverordnungen und Allgemeinverfügungen dafür zu sorgen, damit möglichst keine Unsicherheiten und damit Versorgungslücken entstehen.

Bis zum Schulbeginn sind es nur noch wenige Wochen. Wir wissen, dass in den Ministerien intensiv daran gearbeitet wird, Regelungen für verschiedene denkbare Szenarien auszuarbeiten. Wir appellieren an Sie, bei all diesen Planungen die Planungssicherheit für die Institutionen und die darin lebenden Menschen als auch deren Angehörige sowie den Mitarbeiter\*innen, ganz nach vorne zu stellen. Für eine klare Perspektive brauchen wir Antworten auf Fragen wie: Unter welchen Voraussetzungen ist ein Vollbetrieb möglich? Wie sieht die Unterstützung aus? Was kann den Betroffenen und Angehörigen mitgeteilt werden? Insbesondere den Menschen mit Behinderungen und ihrem Umfeld muss jetzt Verlässlichkeit signalisiert werden, denn sie selbst können ihre Lebensumstände nicht flexibel anpassen an das Leben mit Corona. Maßnahmen, die schnell und plötzlich kommen, lassen den Einrichtungen kaum Zeit, neue Anordnungen umzusetzen, worunter Betroffene und deren Angehörige leiden, z.B. wenn Lockerungen mangels Personal nicht schnell genug gewährt werden können.

Darüber hinaus bitten wir Sie ein weiteres Mal, mit Mut und Geld dem Kahlschlag im Sozialbereich entgegenzutreten. Denn wir sind uns sicher einig: Nicht die Schwächsten in der Gesellschaft sollten am meisten unter Corona leiden müssen und langfristig kämpfen müssen, um das alte Versorgungsniveau zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen,



Kerstin Celina  
Mitglied des Bayerischen Landtags



Claudia Köhler  
Mitglied des Bayerischen Landtags